

Antrag Nr. 24-F-22-0051

CDU, FDP

Betreff:

Drogenkonsum in der Rheinstraße
- Antrag der Fraktionen CDU und FDP vom 04.09.2024 -

Antragstext:

Im Herbst 2022 wurden insbesondere im oberen Bereich des Mittelstreifens der Rheinstraße vermehrt Drogen, vor allem Crack, konsumiert. Im Rahmen von Jugend im Rathaus haben sich sowohl Lehrkräfte der Werner-von-Siemens-Schule als auch Schülerinnen und Schüler darüber beschwert. Im Oktober 2023 wurde im WK berichtet, dass sich der Treffpunkt der Drogenkonsumenten auf dem Mittelstreifen zwar zerschlagen, sich die Problematik aber dafür in die Innenstadt verlagert hätte. Seit Ende 2023 erreichen Einzelhändler und Gewerbetreibenden im mittleren Bereich der Rheinstraße vermehrt Beschwerden von Kundinnen und Kunden über den offenen Drogenhandel und -konsum und die dadurch einhergehende Beschaffungskriminalität. Durch die Bespielung des Luisenplatzes nutzen vermehrt Familien den Mittelstreifen der Rheinstraße und können den dortigen Konsum von nicht erlaubten Drogen miterleben. Dies könnte insbesondere für Kinder besonders verstörend sein.

Der Ausschuss Frauen, Gleichstellung und Sicherheit möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. wie sich die Situation auf dem Mittelstreifen der Rheinstraße und in der Tiefgarage unter dem Luisenplatz entwickelt hat. Insbesondere sollen folgende Fragen beantwortet werden:
 - a. Werden auf dem Mittelstreifen der Rheinstraße und in der Tiefgarage Luisenplatz immer noch vermehrt Drogen konsumiert? Wie haben sich die Zahlen seit 2022 entwickelt?
 - b. Wurden der Stadt- und Landespolizei im letzten Jahr Beschwerden diesbezüglich gemeldet? Wenn ja, wie viele?
 - c. Wie oft wurden diese Bereiche von den zuständigen Behörden im letzten und in diesem Jahr präventiv kontrolliert und wie oft auf Hinweise aus der Bevölkerung?
2. wie sich grundsätzlich der Konsum von Crack und anderen harten Drogen in der Wiesbadener Innenstadt entwickelt hat und welcher Trend sich abzeichnet.
3. welche Maßnahmen die Landeshauptstadt Wiesbaden ergreift, um den Drogenkonsum und -handel zu stoppen, den Betroffenen aus ihrer Sucht zu helfen und die öffentliche Sicherheit und Ordnung aufrecht zu erhalten. Konkret sollen dabei folgende Fragen beantwortet werden
 - a. Konnte die Stadt- und Landespolizei wie angekündigt über das Projekt „#wohin“ Maßnahmen weiterer sozialer Stellen initiieren? Wenn ja, welche?
 - b. Welche zusätzlichen sozialen Maßnahmen sind geplant, um Drogenabhängige in Wiesbaden zu unterstützen?
 - c. Welche langfristige Strategie plant die Landeshauptstadt Wiesbaden, um das Problem nachhaltig zu lösen?
 - d. Wurde mit den umliegenden Unternehmerinnen und Unternehmern bisher Kontakt aufgenommen und Aufklärung betrieben? Wenn ja, mit welchen? Wenn nicht, wieso nicht?

Antrag Nr. 24-F-22-0051
CDU, FDP

Wiesbaden, 04.09.2024

Louise-Lydia Wagenbach
Sicherheitspolitische Sprecherin
CDU-Fraktion

Melanie Völker
Fraktionsreferentin
CDU-Fraktion

Sylvia Schob
Frauenpolitische Sprecherin
FDP-Fraktion

Jeanette Christine Wild
Fraktionsgeschäftsführerin
FDP-Fraktion